

Bündelung der Wirtschaftsförderung in der Region Nordhausen

Text des Beschlusses:

Der Stadtrat der Stadt Nordhausen beschließt:

Die Stadt Nordhausen strebt die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Fachhochschule Nordhausen an mit dem Ziel der Erstellung eines Konzeptes zur Bündelung der Wirtschaftsförderung in der Region Nordhausen.

Inhalt des Konzeptes sollen die Aktualisierung der vorhandenen Wirtschaftsstrukturdaten sowie eine aktualisierte Standort- und Arbeitsmarktanalyse sein. Im Zentrum der Studie stehen jedoch ein generelles Konzept zur Wirtschaftsförderung und die Identifikation von kurz- und mittelfristig umsetzbaren Maßnahmen. Ziel soll es sein, Parallelentwicklungen abzustellen und eine institutionelle Vernetzung aller Kräfte der Region zu erreichen, zum Nutzen der Wirtschaft und der Arbeitnehmer von Landkreis und Kreisstadt.

Begründung:

Die Globalisierung der Wirtschaft verschärft nicht nur den internationalen, regionalen und lokalen Standortwettbewerb für Unternehmen, sondern erfordert von der kommunalen Wirtschaftsförderung ein flexibles und bedarfsgerechtes Agieren.

Auf regionaler Ebene wird unser Handeln beeinflusst von leeren Haushaltskassen, hoher Arbeitslosigkeit, einem verstärkten Wettbewerb der Regionen sowie dem politischen Handlungsdruck, die lokale Wirtschaft nachhaltig zu entwickeln und zu stärken. Um dieses Ziel zu erreichen sowie sich gegenüber anderen Wettbewerbern zu positionieren und zu profilieren, sind regionale Potentiale zu bündeln und bürokratische sowie politische Hürden abzubauen.

In den vergangenen Jahren wurden verschiedene Projekte im Bereich der Wirtschaftsförderung durchgeführt. Jedoch wurde bisher kein tragfähiges Konzept für die Einrichtung einer leistungsfähigen "Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Region Nordhausen" erarbeitet. Daher sehen wir gerade mit dem Blick auf andere Wirtschaftsregionen die Notwendigkeit einer zentralen Stelle für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region Nordhausen. Grundsätzlich ist die Beteiligung aller Kommunen an dieser "Wirtschaftsförderungsgesellschaft" anzustreben. Als erster Schritt in diese Richtung wird dieser Antrag parallel im Nordhäuser Kreistag eingebracht.